

Bensheims städtischer Haushalt in Not

Bündnis90 / Die Grünen – Ortsverband Bensheim – zur Kommunalpolitik in Bensheim (Diskussionstand 07. Januar 2025):

Ursache: 33,2 Mio. € (61 %) weniger Gewerbesteuer als für 2024 geplant

Einbrüche bei großen Bensheimer Gewerbebetrieben führte zum Ausfall / Rückzahlung von ca. 33,2 Mio. € Gewerbesteuer in 2024. Der städtische Nachtragshaushalt (19.12.2024) weist daraus folgend einen Verlust von -38,5 Mio. € aus. Hingegen hatte die Koalition von CDU, SPD & FDP ursprünglich einen Haushalt mit Verlust von nur 12,5 Mio. € beschlossen.

Dadurch Vorgaben durch die Kommunalaufsicht

Die Stadt Bensheim erhielt in Gesprächen mit der Kommunalaufsicht die Auflage ein Konzept vorzulegen, dass eine Haushaltskonsolidierung innerhalb von fünf Jahren vorsieht, statt der von der Stadt vorgeschlagenen zehn Jahre.

Unsozialer Vorschlag des Magistrats der Stadt Bensheim

Nach Auflösung der Rücklagen und angepasster Umlagen bleibt ein Defizit von 18,7 Mio. €, welches ausschließlich über die Grundsteuer B ausgeglichen werden soll. Der Magistrat der Stadt Bensheim schlug der Stadtverordnetenversammlung einen Hebesatzentwurf vor, der eine Erhöhung der Grundsteuer B von 620 Punkten auf 1740 Punkte (+281 %) vorsah.

Die Stadtverordneten lehnen den Vorschlag ab

Die Stadtverordnetenversammlung hat auf ihrer Sitzung am 19. Dezember 2024 die vorgeschlagene Erhöhung einstimmig abgelehnt und stattdessen zunächst die Beibehaltung der Grundsteuer auf dem seitherigen Niveau beschlossen, so wie es nach der Grundsteuerreform für Bensheim empfohlen wurde. Die Vertreter aller Parteien äußerten die Überzeugung, dass eine Erhöhung der Grundsteuer im Rahmen der Haushaltsberatungen 2025 erforderlich sein wird, nicht jedoch auf diesem vorgeschlagenen überhohen Niveau.

Wie in unserer Haushaltsrede im Dezember betont, halten wir GRÜNE eine Steigerung auf 1740 Punkte Hebesatz der Grundsteuer B für unverhältnismäßig, unsolidarisch und unsozial.

Wir GRÜNE schlagen Machbares vor

Die entstanden Lasten durch alle leistungsfähigen Schultern in Bensheim zu tragen, dass erwarten wir GRÜNE. 1. Dies schließt bei Erhöhung der Grundsteuer B eine Anpassung der Gewerbesteuer mit ein. 2. Die Stadt muss – wo immer möglich – sparsamer und effizienter wirtschaften, als bisher. 3. Ihre Einnahmen erhöhen. Dies betrifft die Gebühren und Beteiligungserträge (Sparkasse, GGEW, MEGB), ggf. auch weitere Steuern.

Sozialverträglich handeln!

Wir GRÜNE schlagen vor, zunächst für 2025 die Grundsteuer auf 950 Punkte (Erhöhung 53 %) sowie die Gewerbesteuer auf 450 Punkte (Erhöhung 15 %) zu erhöhen. Denn: Erhöhungen sind unvermeidbar und die Vorgabe. Ausgabenkürzungen sind nur mit längerer Vorlaufzeit realisierbar. Das Gleiche gilt für die Schaffung zusätzlicher Einnahmen. Wir wollen die Zeit erhöhter Steuern begrenzen und möglichst bis 2027 zum jetzigen Grundsteuerniveau zurückkehren. Im April 2025 wollen die Stadtverordneten den Haushalt für 2025 beschließen. Als Beitrag zur Diskussion verstehen wir GRÜNE das auf der Rückseite wiedergegebene Konzept.

**Bensheims städtischer Haushalt hängt schief!
Koalition und Magistrat haben noch keinen gemeinsamen Plan
Diskussionsvorschlag (Stand 07.01.2025) von Bündnis 90 / Die Grünen Bensheim**

	Beträge	Summe p.a. aus Finanzoptimierungen	Hebesatz Grundsteuer B
Ausgangslage			
Der aktuelle Vorschlag des Magistrats ist es, ab dem Jahr 2025 den Hebesatz der Grundsteuer B auf 1740 Punkte (+ 281 %) für die nächsten Jahre hochzusetzen. Ob danach eine Rückführung auf den bisher bekannten Hebesatz von 620 Punkten möglich ist, ließ der Magistratsvorschlag offen. Die Koalition hat sich bisher zu klaren Richtungsentscheidungen nicht geäußert.			
Erwartete Einnahmen aus Grundssteuer B im Jahr 2024	10,10 Mio. €		620
Vorschlag Magistrat: Ab dem Jahr 2025 Erhöhung Grundsteuer B auf 1740 Punkte	29,20 Mio. €		1740

Zwischenergebnis

Aus dem Vorschlag des Magistrats wird deutlich, dass in dem angestrebten Ergebnis von jährlichen Mehreinnahmen von 19,2 Mio. € erforderlich ist, um den Haushalt zu konsolidieren. Erstaunlich ist, dass trotz eindeutiger Mehrheitsverhältnisse im Magistrat wie in der Koalition kein einheitliches Ergebnis am 19.12.2024 (Stadtverordnetenversammlung) vorgelegt werden konnte.

Diskussionsvorschlag der GRÜNEN:

Es ist wichtig, zeitnah Vorschläge zur Gesundung des Haushalts umzusetzen, um weiterhin bestmögliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen zu können. Daher konzentrieren wir uns auf Änderungsvorschläge, die auch in den Folgejahren wirken und nicht unmittelbar sozial Schwachen trifft. Daraus abgeleitet schlagen wir folgende Änderungen vor:

Änderungen im Haushalt 2025

Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 % (450 statt 390 Punkte)	5,15 Mio. €	} 13,26 Mio. €
Reduzierung Verlustbeteiligung Stadtkultur (Beschluss STVV 19.12.24)	0,32 Mio. €	
Reduzierung Verlustbeteiligung Eigenbetrieb Kinderbetreuung (Beschluss STVV 19.12.24)	0,40 Mio. €	
Verminderung Personalkosten (analog Nachtragshaushalt 2024/ Besetzungssperre)	1,20 Mio. €	
Verringerung städtische Investitionen (Investitionsplan 2025: 12,2 Mio €)	3,84 Mio. €	
Reduzierung Belastung durch KMB	0,75 Mio. €	
Wiedereinführung Parkraumbewirtschaftung	0,25 Mio. €	
Verminderung Verlustbeteiligung Parkhäuser	1,00 Mio. €	
Erhöhung Gewinnausschüttung städtischer Beteiligungen (z.B. GGEW, Sparkasse, MEGB)	1,20 Mio. €	
Verringerung der Sportförderung	0,10 Mio. €	
Abführung aus erhöhter Gewerbesteuer , z.B. Kreisumlage	-0,95 Mio. €	
Summe verbleibende Lücke zu Hebesatz 620 (Grundsteuer B)	5,84 Mio. €	
Die Grünen schlagen vor, dafür in 2025 einen Grundsteuer B Hebesatz zu verwenden von		
		950

Änderungen Haushalt in 2026

Einnahmenerhöhung durch ganzjährige Parkraumbewirtschaftung	0,15 Mio. €	} 3,36 Mio. €
Erhöhung Gewinnausschüttung städtischer Beteiligungen (z.B. GGEW, Sparkasse, MEGB)	0,50 Mio. €	
Reduzierung Belastung durch KMB	0,75 Mio. €	
Verlustrückführung Dorfgemeinschaftshäuser	0,50 Mio. €	
Effekte aus Kommunalberatung I	1,46 Mio. €	
Summe verbleibende Lücke zu Hebesatz 620 (Grundsteuer B)	2,48 Mio. €	
Die Grünen schlagen vor, dafür in 2026 einen Grundsteuer B Hebesatz zu verwenden von		
		750

Änderungen Haushalt in 2027

Reduzierung Belastung durch KMB	0,30	} 2,48 Mio. €
Einführung Grundsteuer C	0,40	
Effekte aus Kommunalberatung II	1,30	
Sonstiges	0,48	
Summe verbleibende Lücke zu Hebesatz 620 (Grundsteuer B)	0,00 Mio. €	
Die Grünen schlagen vor, dafür in 2026 einen Grundsteuer B Hebesatz zu verwenden von		
		620

Dieser Konzeptvorschlag beruht auf Erkenntnissen aus öffentlichen Haushaltsberatungen, Bürgerversammlung und schriftlichen Informationen aus dem geplanten Nachtragshaushalt 2024.

Es gibt Lösungen, wenn man will!

Wir GRÜNEN mahnen das Fehlen von Handlungsoptionen durch Magistrat (Stadtverwaltung) und der Koalition in der Stadtverordnetenversammlung (CDU, SPD, FPD) an.

Es gilt, wie der Vorschlag der GRÜNEN zeigt, alles auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen auf die großen Kosten- und Einnahmoptionen blicken und SCHNELL HANDELN. Voraussetzungen zum Erreichen dieser Strategie ist, dass der Magistrat gemeinsam mit der Koalition sich endlich einig wird und KURZFRISTIG in AKTIVES HANDELN kommt.